



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 27. Februar 2026 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche jährt sich der russische Angriff auf die Ukraine zum vierten Mal. Seit dem 24. Februar 2022 verteidigt das ukrainische Volk mit beeindruckendem Mut seine Freiheit, seine Demokratie und seine europäische Zukunft. Putins Angriffskrieg hat die europäische Friedensordnung erschüttert und uns allen vor Augen geführt, wie verletzlich Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent sind.

Deutschland und Europa stehen solidarisch an der Seite der Ukraine – politisch, wirtschaftlich, humanitär und militärisch. Dieser Einsatz ist Ausdruck unserer Verantwortung und zugleich in unserem ureigenen sicherheitspolitischen Interesse. Gerade jetzt kommt es darauf an, geschlossen zu bleiben, unsere Unterstützung fortzusetzen und klare Haltung zu zeigen.

Neben den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen hat uns in dieser Woche auch der Staatsakt für Rita Süssmuth bewegt. Mit großem Respekt und Dankbarkeit würdigte der Deutsche Bundestag eine herausragende Parlamentarierin und

Präsidentin, die sich über Jahrzehnte hinweg für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Rechte von Frauen eingesetzt hat. Ihr Wirken bleibt Auftrag und Inspiration zugleich.

Zugleich unterstreicht die Reise des Bundeskanzlers nach China den außenpolitischen Handlungsanspruch der Bundesregierung. In einer Zeit globaler Umbrüche ist es entscheidend, Interessen klar zu vertreten, Dialog zu führen und strategische Partnerschaften verantwortungsvoll zu gestalten.

Diese Woche zeigt: Außen- und Sicherheitspolitik, internationale Verantwortung und das Eintreten für unsere Werte gehören ins Zentrum politischen Handelns.

Welche weiteren innenpolitischen Themen diese Woche eine Rolle gespielt haben, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Herzlich,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Habecks Heizungsgesetz wird abgeschafft
- Europäische Asylreform national umgesetzt
- Flexible Lösungen für starke Apotheken vor Ort
- Im Gespräch mit Malawi, Sudan und Korea

Habecks Heizungsgesetz wird abgeschafft.

In dieser Sitzungswoche setzen wir einen zentralen Punkt aus dem Koalitionsvertrag um: Das sogenannte „Heizungsgesetz“ der vergangenen Bundesregierung wird abgeschafft und durch ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz ersetzt. Die vom Koalitionsausschuss eingesetzte Verhandlungsgruppe hat sich hierzu auf klare Eckpunkte verständigt.

Kern der Reform ist die Streichung der bisherigen 65-Prozent-Vorgabe. Künftig erhalten Eigentümerinnen und Eigentümer wieder mehr Entscheidungsfreiheit bei der Wahl ihrer Heizungsoption. Die Klimaschutzziele im Gebäudesektor bleiben bestehen – aber der Weg dorthin wird technologieoffener, flexibler und praxistauglicher gestaltet.

Zugleich stärken wir den Ausbau der Fernwärme, verbessern den Verbraucherschutz und vereinfachen die kommunale Wärmeplanung, insbesondere für kleinere Kommunen. Mit einer moderaten Grüngasquote schaffen wir ein zusätzliches Instrument zur Emissionsminderung. Zudem bekennen sich die Koalitionsfraktionen zu einer unbürokratischen Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie – ohne zusätzliche gebäudeindividuelle Sanierungspflichten für den Bestand.

Damit beenden wir einen Konflikt um ein Gesetz, das viele Bürger verunsichert und Investitionen gebremst hat. Das neue

Gesetz soll einfacher, klarer und investitionsfreundlicher sein.

Standpunkt: Die Abschaffung des alten Heizungsgesetzes ist ein notwendiger Schritt, um Vertrauen zurückzugewinnen. Klimaschutz gelingt nur, wenn er realistisch, bezahlbar und gesellschaftlich akzeptiert ist. Überregulierung und Detailvorgaben führen nicht schneller zur Klimaneutralität – sie führen zu Verunsicherung und Investitionsstopp.

Wir setzen stattdessen auf Technologieoffenheit, Anreize und Planungssicherheit. Wer modernisieren möchte, soll unterstützt werden – nicht bevormundet. Gleichzeitig bleiben wir beim Ziel klar: Der Gebäudesektor muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Aber wir erreichen das besser mit Innovation und Marktwirtschaft als mit starren Vorgaben.

Mit dem neuen Gebäudemodernisierungsgesetz verbinden wir Klimaschutz mit Vernunft – und beenden eine Phase unnötiger Polarisierung. •

Europäische Asylreform national umgesetzt.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) beschlossen. Damit schaffen wir die rechtliche Grundlage für ein geordnetes, einheitlicheres und effizienteres Asylverfahren in Deutschland.

Ziel der Reform ist es, Verfahren zu strafen, Zuständigkeiten klar zu regeln und Rückführungen wirksamer durchzusetzen. Künftig gilt eindeutiger: Wer bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat registriert wurde, hat keinen Anspruch auf ein zweites Asylverfahren in Deutschland. Entscheidungen sollen früher und konsequenter – insbesondere im Zusammenspiel mit den europäischen Außengrenzen – getroffen werden.

Zudem reduzieren wir die Arbeitsverbote für Asylbewerber in Aufnahmeeinrichtungen grundsätzlich auf maximal drei Monate. Ausgenommen bleiben Personen aus sicheren Herkunftsstaaten, sogenannte Dublin-Fälle sowie offenkundige Missbrauchsfälle. Wer sich einer Rücküberstellung entzieht, muss künftig mit Gewahrsam rechnen. Damit stärken wir die Durchsetzbarkeit rechtsstaatlicher Entscheidungen.

Mit dem GEAS-Umsetzungsgesetz wird ein wichtiger Schritt hin zu mehr Ordnung, Klarheit und europäischer Abstimmung im Asylsystem vollzogen.

Standpunkt: *Mit der Umsetzung des GEAS setzen wir ein zentrales Versprechen um: Migration ordnen, Verfahren beschleunigen und Missbrauch begrenzen. Humanität und Ordnung sind kein Widerspruch – sie gehören zusammen. Nur wenn Regeln klar sind und auch durchgesetzt werden, bleibt die Akzeptanz für Schutz und Asyl in der Bevölkerung erhalten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass nationale Alleingänge nicht ausreichen. Deshalb ist die europäische Harmonisierung der richtige Weg.*

Wer in einem anderen EU-Staat registriert ist, darf nicht mehrfach Verfahren in Anspruch nehmen können. Gleichzeitig schaffen wir mehr Verlässlichkeit für wirklich Schutzbedürftige.

Rechtsstaatlichkeit bedeutet nicht Härte um ihrer selbst willen – sondern Konsequenz. Mit dem GEAS-Gesetz stärken wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates und setzen auf ein Asylsystem, das fair, schnell und verbindlich ist. •

Flexible Lösungen für starke Apotheken vor Ort.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in erster Lesung das Gesetz zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung beraten. Ziel ist es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für inhabergeführte Apotheken zu verbessern und eine flächendeckende, wohnortnahe Arzneimittelversorgung – insbesondere im ländlichen Raum – langfristig zu sichern.

Geplant sind unter anderem Erleichterungen bei der Gründung neuer Apothekenstandorte in unterversorgten Regionen sowie mehr Flexibilität im Apothekenbetrieb. Apothekerinnen und Apotheker sollen künftig eigenverantwortlicher handeln können, etwa beim Austausch nicht verfügbarer Arzneimittel. Zudem werden bürokratische Vorgaben reduziert, um mehr Zeit für die eigentliche Versorgungsaufgabe zu schaffen.

Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, Apotheken stärker in präventive und niedrigschwellige Gesundheitsangebote einzubinden. Dazu zählen erweiterte Impfangebote, Schnelltests sowie zusätzliche pharmazeutische Dienstleistungen. In besonderen Konstellationen soll es zudem möglich sein, erfahrene pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten zeitweise mit Leitungsaufgaben zu betrauen.

Mit diesen Maßnahmen soll das Apothekennetz stabilisiert und an die veränderten Anforderungen im Gesundheitswesen angepasst werden.

Standpunkt: *Eine starke Gesundheitsversorgung beginnt vor Ort. Gerade in ländlichen Regionen sind Apotheken oft erste Anlaufstelle für medizinische Fragen und unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wenn wirtschaftlicher Druck und überbordende Bürokratie diese Strukturen gefährden, muss die Politik handeln.*

Mit dem vorliegenden Gesetz setzen wir ein klares Signal: Wir wollen die inhabergeführte Apotheke stärken, nicht verdrängen. Mehr Flexibilität, weniger Bürokratie und zusätzliche Aufgaben im Bereich Prävention sind richtige Schritte, um die Versorgung zukunftsfest zu machen.

Gesundheitspolitik darf sich nicht nur auf große Strukturen konzentrieren – sie muss auch die wohnortnahe Versorgung sichern. Das Apothekengesetz ist ein Beitrag dazu. •

Malawi – ein verlässlicher Partner im südlichen Afrika?

Im Gespräch mit dem Weihbischof von Lilongwe, Rev. Vincent Mwakhwama, stand die aktuelle Lage in Malawi ebenso im Mittelpunkt wie die Perspektiven für eine intensivere Zusammenarbeit mit Deutschland und Europa. Malawi erhält in der europäischen Debatte häufig nicht die Aufmerksamkeit, die dem Land angesichts seiner strategischen und gesellschaftlichen Bedeutung zukommt.

Trotz erheblicher wirtschaftlicher und struktureller Herausforderungen zeichnet sich Malawi durch eine bemerkenswerte demokratische Stabilität aus. In einer Region, die vielfach von politischen Spannungen geprägt ist, behauptet sich das Land mit funktionierenden Institutionen und einer aktiven Zivilgesellschaft. Diese Stabilität schafft Vertrauen und bildet eine tragfähige Grundlage für vertiefte Kooperation. Gleichzeitig bietet Malawi vielversprechende Chancen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Investitionen. Insbesondere in der Landwirtschaft, bei erneuerbaren Energien und in der Rohstoffverarbeitung bestehen Entwicklungsmöglichkeiten, die sowohl lokalen Mehrwert schaffen als auch internationale Partnerschaften stärken können. Auch der Tourismussektor birgt enormes Potenzial – mit seiner beeindruckenden Natur, dem Malawisee und einer großen kulturellen Vielfalt verfügt das Land über attraktive Voraussetzungen für nachhaltigen Tourismus.

Gerade vor dem Hintergrund globaler Verschiebungen in Handels- und Lieferketten lohnt es sich, den Blick stärker auf verlässliche Partner wie Malawi zu richten. Die Voraussetzungen für eine intensivere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sind gegeben.

Mein herzlicher Dank gilt der Deutsch-Malawischen Gesellschaft für die Begleitung und Organisation dieses wertvollen Austauschs. Solche Begegnungen tragen dazu bei, gegenseitiges Verständnis zu vertiefen und neue Impulse für die bilateralen Beziehungen zu setzen. •

Vermittlung, Hilfe, Stabilisierung: Perspektiven für den Sudan.

Im Gespräch mit der Botschafterin der Republik Sudan, I.E. Frau Ilham Ahmed, stand die weiterhin dramatische Lage in ihrem Land im Mittelpunkt. Nach drei Jahren Bürgerkrieg befindet sich der Sudan in einer der schwersten humanitären Krisen weltweit. Millionen Menschen sind von Gewalt, Vertreibung und existenzieller Not betroffen; große Teile der Bevölkerung sind dringend auf internationale Hilfe angewiesen. Die humanitäre Situation spitzt sich weiter zu und verlangt entschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft.

Der Konflikt zwischen den regulären Streitkräften und den sogenannten Rapid Support Forces hat das Land politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich tief

erschüttert. Um eine nachhaltige Stabilisierung der Region zu erreichen, müssen die diplomatischen Vermittlungsbemühungen intensiviert und alle verfügbaren Gesprächskanäle genutzt werden. Ein dauerhafter Waffenstillstand und eine politische Perspektive für die Zivilbevölkerung sind unerlässlich.

Deutschland setzt sich gemeinsam mit internationalen Partnern für humanitäre Unterstützung, diplomatische Lösungen und einen inklusiven politischen Prozess ein. Dabei übernimmt unser Land Verantwortung und zeigt außenpolitische Führung – insbesondere in einer vermittelnden Rolle zwischen den Konfliktparteien und im engen Schulterschluss mit europäischen und multilateralen Partnern.

Mein Dank gilt Bundesaußenminister Waidephul sowie Staatsministerin Güler für ihr engagiertes und kontinuierliches Eintreten für humanitäre Hilfe und politische Lösungen. •

Enge deutsch-koreanische Beziehungen weiter vertiefen.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit erfordern enge Partnerschaften mit verlässlichen Freunden. Im Gespräch mit dem Botschafter der Republik Korea, S.E. Herrn Ling Sam-Beom, wurde einmal mehr deutlich, wie tragfähig und strategisch bedeutsam die Beziehungen zwischen Deutschland und Südkorea sind.

Beide Länder verbindet die historische Erfahrung der nationalen Teilung. Dieses gemeinsame Kapitel prägt bis heute das besondere Verständnis füreinander – ebenso wie das klare Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und einer regelbasierten internationalen Ordnung. Aus dieser historischen Verantwortung erwächst eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Deutschland und Südkorea kooperieren in zahlreichen Bereichen – politisch, wirtschaftlich, technologisch und insbesondere im Verteidigungsbereich. Gerade vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Spannungen gewinnt dieser Austausch weiter an Gewicht. Beide Länder stehen für Stabilität, Innovationskraft und internationale Verantwortung.

Auch gesellschaftlich sind unsere Länder eng verbunden. Rund 55.000 Koreanerinnen und Koreaner leben in Deutschland, knapp 15.000 davon im Rhein-Main-Gebiet – und damit auch in meinem Wahlkreis. Sie bereichern unsere Region in vielfältiger Weise und sind eine lebendige Brücke zwischen beiden Nationen.

Die deutsch-koreanische Partnerschaft ist damit Ausdruck gemeinsamer Werte, enger wirtschaftlicher Verflechtungen und einer strategischen Zusammenarbeit, die wir weiter ausbauen wollen. •

Die gute Nachricht der Woche **Mehr Wohnraum in Sicht:** **Erholung in der Bauwirtschaft**

Ein wichtiges positives Signal für unsere Wirtschaft und für alle, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind: Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude in Deutschland ist 2025 erstmals seit drei Jahren wieder deutlich gestiegen. Mit rund 238.500 genehmigten Wohnungen bedeutet das ein Plus von etwa elf Prozent gegenüber dem Vorjahr – nach zuvor kontinuierlich rückläufigen Zahlen.

Diese Entwicklung markiert eine Trendwende. Nach schwierigen Jahren mit hohen Baukosten, gestiegenen Zinsen und großer Verunsicherung in der Branche kehrt langsam neues Vertrauen zurück. Verbesserte Rahmenbedingungen, gezielte politische Maßnahmen und eine stabilere wirtschaftliche Perspektive zeigen Wirkung.

Zwar bleibt der Bedarf an Wohnraum – insbesondere in Ballungsräumen – weiterhin hoch, und nicht jede genehmigte Wohnung wird sofort gebaut. Doch der Anstieg der Genehmigungen ist ein wichtiges Signal: Der Wohnungsbau gewinnt wieder an Dynamik. Das ist eine gute Nachricht für Familien, für Mieterinnen und Mieter und für unseren Wirtschaftsstandort insgesamt. •